



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster
Kajo Schukalla

Münster, 10.6.2016

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

dass auch das schöne Münster nicht von rassistischer Gewalt frei ist, bewiesen zuletzt zwei Brandanschläge auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Hilstrup. Mit einer **Menschenkette** im Rahmen einer bundesweiten Aktion wollen wir am **Samstag, den 18.6.2016**, dagegen ein Zeichen setzen. Wir bilden eine Menschenkette vom Friedenssaal über den Domplatz, vorbei an der Überwasserkirche, über den Rosenplatz bis zur Flüchtlingsunterkunft in der Münzstraße. Wir zeigen damit: Münster soll für Offenheit und Vielfalt stehen und nicht für Hass und Gewalt. **Beginn ist 17 Uhr** an fünf Treffpunkten, von denen aus wir uns über die Strecke verteilen werden. Um 17.30 Uhr soll die lange Menschenkette stehen.

Zum **Weltflüchtlingstag am Montag, den 20. Juni 2016**, werden wir ab **11.30 – 13.30 Uhr vor dem Rathaus** (Prinzipalmarkt) an aktuelle über 60 Millionen Geflüchtete weltweit erinnern und dazu informieren. Die gemeinsam mit der UNICEF-Gruppe Münster angemeldete **Mahnaktion *Letzte Chance für eine Kindheit*** will besonders auf die Lage der Kinder im Krieg und auf der Flucht aufmerksam machen.

Wir laden ganz herzlich zur Beteiligung ein und bitten um ein Zeichen der Solidarität.

Wenn jemand überraschend für immer geht, halten wir erschreckt inne, auch wenn die Arbeit dann rasch wieder aufgenommen werden muss, denn die Menschenrechtsprobleme sind ja geblieben.

Unsere Trauer gilt zwei bedeutenden Menschen in unserem Umfeld, die jüngst verstorben sind, **Rupert Neudeck** und **Volker Pade**. (Ich hatte sofort mit kurzen Schreiben unsere Aktiven benachrichtigt.) Die direkt niedergeschriebenen kurzen Nachrufe mit Erinnerungen wurden hier noch einmal aufgenommen.

Rupert Neudeck und Volker Pade werden in unserer Erinnerung und vor allem durch ihre fortwirkenden Aktivitäten weiter leben.

Die **11. Freie Gartenakademie** des Künstlers Wilm Weppelmann ist in diesem Jahr dem Thema China gewidmet ist, mehrere Veranstaltungen weisen Bezüge zu unserer Menschenrechtsarbeit auf. In dem Zusammenhang weise ich auf die aktuelle Zeitschriftennummer *Bedrohte Völker – Pogrom* hin, die dem Schwerpunkt China gewidmet ist sowie auf unseren neuen Menschenrechtsreport (Nr. 81) mit dem Thema *China - Billigexporte schüren Menschenrechtsverletzungen* (Nr. 81, Juni 2016). Weitergehende Hinweise finden sich unten im Text.

Über die unsägliche Politik des türkischen Staatspräsidenten haben wir regelmäßig auf unserer Internetseite berichtet. Wir werden das Thema sehr bald auch in Münster wieder aufgreifen.

In Vorbereitung findet sich derzeit die entwicklungspolitische Veranstaltungsreihe des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit Münster, in der wir mit unserer GfbV-Regionalgruppe wieder mit mehreren Veranstaltungen vertreten sein werden. Darüber werde ich in einem der nächsten Rundbriefe berichten.

Mit herzlichem Gruß
Kajo Schukalla

1. Termine

Afrikanischer Markt

Samstag, 11. Juni 2016, 10 – 19 Uhr

Rathausinnenhof und Klemensstr. 1, Münster
mit Bühnenprogramm, Kinderprogramm, Essens-, Kunsthandwerks- und Informationsständen auch zu Menschenrechtsthemen.

Der Zugang ist kostenfrei.

Infos unter: www.afrika-kooperative.de

Regulierung religiöser Diversität in Europa

Trends und Dynamiken

Dienstag, 14. Juni 2016, 18.15 Uhr

Fürstenberghaus, Hörsaal F2, Domplatz 20-22, Münster

Referent: Prof. Dr. Matthias König (Göttingen)

Münsters Kriegerdenkmale

Abreißen – verändern – kommentieren?

Mittwoch, 15. Juni 2016, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Geschichtsort,
Kaiser Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Veranstalter: Linke – Ratsfraktion Münster

Bei der Veranstaltung soll auch das auch Train-Denkmal (an der Promenade/ Ecke Ludgeri-Kreisverkehr) mit seinen Gedenktafeln für nur die deutschen (!) Opfer des Herero-Krieges (zugleich eines Völkermordes) und des so genannten Boxer-Aufstandes in China Thema sein.

„Löwen küssen keine Tiger“

Rückkehr eines Flüchtlings nach Sri Lanka

Mittwoch, 15. Juni 2016, 19.30 Uhr

Gärtnerei Moldrickx, Westhoffstraße 139, 48159 Münster-Kinderhaus

Buchvorstellung und Autorenlesung mit Lutz Löher

Der Autor versteht den Roman als Beitrag zu aktuellen Flüchtlingsdebatte, die kapitel 1,3, und 17 beziehen sich unverkennbar auf Münster.

Arbeitskreis Sri Lanka

Eintritt frei

Wie wächst China – von Menschen, Gärten und Wolkenkratzern

11. Freie Gartenakademie 2016

Donnerstag, 16. Juni, bis Freitag, 26. August 2016



11. Freie Gartenakademie 2016

2016年 第11届 园林与人文自由

Langemarckstraße 73, 48147 Münster

Wegbeschreibung siehe diese digitale Karte:

<https://www.google.de/maps/place/Freie+Gartenakademie/@51.9763912,7.6236736,16.46z/data=!4m5!3m4!1s0x0:0xc2d16d7601677236!8m2!3d51.9775977!4d7.6264>

Eröffnungsveranstaltung

Wolkenläufer – Geschichten vom Leben in China

Donnerstag, 16. Juni 2016 20 Uhr

Lesung von Angela Köckritz (Berlin)

Die Ostasien-Korrespondentin der ZEIT, Angela Köckritz, liest aus ihrem Buch "Wolkenläufer - Geschichten vom Leben in China".

Angela Köckritz hat sich in China gezielt auf die Suche nach Träumen begeben und die Menschen nach Wünschen, Perspektiven und der persönlicher Motivation gefragt. So erfahren wir, wovon Chinesen schwärmen, woran ihr Herz hängt, welche Passion sie antreibt. Diese vorzüglichen Reportagen eröffnen uns einen Zugang zu den Individuen, die wir angesichts der Masse übersehen: Ob Architekt oder Eremit, Wahrsagerin oder Konkubine, Bürgerrechtler oder Tagträumer – sie alle haben ihre Geschichte zu erzählen. Angela Köckritz studierte Politik, Sinologie und Kunstgeschichte in München und Taiwan.

Internationales Sommerfest der Volkshochschule mit Musik, Tanz und Akrobatik

Freitag, 17. Juni 2016, ab 18 Uhr

ab 20 Uhr Internationale Modeschau mit traditionellen Gewändern
Volkshochschule, VHS-Forum, Aegidiimarkt, Münster
Eintritt frei

Auf der Flucht aus Afrika

Freitag, 17. Juni 2016, 19 Uhr

Kinderhauser Werkstatt für Gestaltung,
Konermannweg 10, Münster-Kinderhaus
Referent: Olaf Bernau

In der Veranstaltung wird auch das Netzwerk Afrique-Europe-Interact vorgestellt.

Aufruf zur Menschenkette

Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt

Rassismus darf keinen Platz in Münster haben!

Samstag, 18. Juni 2016 Münster, ab 16.30 Uhr

Um **17.30 Uhr** soll die **Menschenkette** zwischen Rathaus, Dom und Münzstraße

geschlossen werden.

Aktionstag gegen Rechts

Aktiv gegen Nationalismus und soziale Ausgrenzung

Sonntag, 19. Juni 2016, 12-18 Uhr

Theater im Pumpenhaus

Veranstalter ist das „Bündnis gegen Nazis“

Geplant ist eine Ideenwerkstatt zu Strategien und konkreten Aktionsideen

Flüchtlinge schützen!

Wir stehen zusammen

#WithRefugees

Mahnwache zum Weltflüchtlingstag

Montag, 20. Juni 2016, 11.30 – 13.30 Uhr

Vor dem historischen Rathaus, Prinzipalmarkt Münster

Die Gesellschaft für bedrohte Völker und die UNICEF-Arbeitsgruppe Münster laden dazu ein.

Das Motto der diesjährigen UNHCR-Kampagne lautet *Wir stehen zusammen*
#WithRefugees.

Zu Informationen zum diesjährigen Weltflüchtlingstag:

<http://www.unhcr.de/unhcr/events/weltfluechtlingstag.html>

Zur Petition des Hohen Flüchtlingskommissariats:

<http://www.unhcr.org/refugeeday/de/petition/>

Raubbau am dritten Pol – Tibet und seine Ökologie

Dienstag, 21. Juni 2016, 20 Uhr

Referent: Klemens Ludwig (Tübingen)

Langemarckstraße 73, 48147 Münster

Wegbeschreibung siehe diese digitale Karte:

<https://www.google.de/maps/place/Freie+Gartenakademie/@51.9763912,7.6236736,16.46z/data=!4m5!3m4!1s0x0:0xc2d16d7601677236!8m2!3d51.9775977!4d7.6264>

Links zum vollständigen

Programm:

<http://www.gartenakademie.org/>

http://www.gartenakademie.org/?page_id=1560

Dom Helder Camara – Leben und Befreiungstheologie

Dienstag, 21. Juni 2016, 19.30 Uhr

Katholisch-Theologische Fakultät, Hörsaal KTH 1, Johannesstr. 8-10, Münster

Referent: Dr. Urs Eigenmann

Veranstalter: Institut für Theologie und Politik e.V. und Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Münster

Eritrea-Reisebericht

Musiker und Freunde von Starlight Excess besuchten Eritrea (16.- 24.5.2016)

Sonntag, 26. Juni 2016, 17 Uhr

Bürgertreff Zukunftswerkstatt Kreuzviertel Münster
Schulstr. 45, 48149 Münster



20.5.2016 in Asmara, Quelle: WN, Foto: Martin Lohoff

ZUKUNFTSTOUR Bonn

Abschluss der entwicklungspolitischen Zukunftstour

GfbV ist dabei mit einem Workshop zur Menschenrechtslage in Syrien

Donnerstag, 30. Juni 2016,

WorldCCBonn (der erweiterte ehemalige Bundestag)

Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn)

Viele unserer menschenrechtspolitischen Arbeitsfelder überschneiden sich mit entwicklungspolitischen Themen. Es werden ca. 900 vorwiegend jugendliche Teilnehmer erwartet, die in den Workshops mitwirken und sich an den Ständen und Politikforen informieren können.

Gespräche mit zahlreichen ausländischen Gästen sowie mit Gerd Müller, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sind möglich.

Die GfbV bietet im Programm einen Workshop zur Menschenrechtslage in Syrien an.

Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung ist allerdings obligatorisch !

<https://www.engagement-global.de/anmeldung-zukunftstour.html?id=3122&lh=a95c530a7af5f492a74499e70578d150>

www.zukunftstour.de

Arbeitstreffen der GfbV-Regionalgruppe Münster

Donnerstag, 14. Juli 2016, 20 Uhr

Brücke, Internationales Zentrum der Universität,

Wilmergasse 2, / Ecke Schlossplatz.
Interessierte sind immer willkommen!

„Pardon wird nicht gegeben!“ Eine szenische Lesung
Münster und die Welt: Clemens August Freiherr von Ketteler, Wilhelm II. Und der
Kolonialismus. Regie Manfred Kerklaue
Mittwoch, 27. Juli 2016, 20 Uhr - Uraufführung
und
Sonntag, 31. Juli 2016, 15 Uhr
Startpunkt direkt hinter dem Schloss Münster, bei jedem Wetter!

Eine Produktion der Freien Gartenakademie
Produktions-Kooperation: Kulturgrün e.V. und MA-KE Theaterproduktion Manfred Kerklaue,
Darsteller: Carsten Bender und Stefan Naszay, Dramaturgie: Wilm Weppelmann

Nachfolgend einige ausgewählte Termine mit der Bitte um Vormerkung

Das Asylverfahren im Umbruch
Bundesamt im Dialog mit Diakonie und Evangelischer Kirche
Bundesamtstagung Nord
am 20. und 21. September 2016

Katholische Akademie Mülheim Die Wolfsburg,
Falkenweg 6, 45478 Mülheim / Ruhr
Tel. 0208/ 99919-0

www.die-wolfsburg.de

Gemeinsamen Tagung von BAMF, Diakonie RWL und Ev. Akademie Villigst

Da diese Tagung - insbesondere in Bezug auf die Übernachtungsmöglichkeiten - schnell ausgebucht ist, empfehle ich bei Interesse die frühestmögliche Anmeldung.
Anmeldung an die Diakonie RWL
Zur Anmeldung füllen Sie bitte den entsprechenden Bogen im Flyer aus und senden diesen per E-Mail (m.gryphan@diakonie-rwl.de) oder Fax (0211 6398 299) an uns zurück.

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.
Geschäftsbereich Zentrale Dienste
Lenastraße 41, 40470 Düsseldorf
Telefon: 0211/ 6398-248
E-mail: m.gryphan@diakonie-rwl.de,
www.diakonie-rwl.de
Anmeldeschluss ist der 17.8.2016

Freiwilligentag Münster
Samstag, 24. September 2016
auch mit Projekt-Mitmachangeboten zur Flüchtlingsarbeit
Infos über www.freiwilligenagentur-muenster.de

Tibet - Suche nach Frieden und Gerechtigkeit

Donnerstag, 29. September 2016, 19.30 Uhr

VHS-Forum, Aegidiimarkt 2

Referent: Klemens Ludwig, Menschenrechtler und Journalist

In Tibet vollzieht sich seit Jahrzehnten ein rasanter Wandel, bei dem die Tibeter nur Zuschauer sind. Seit dem großen Volksaufstand von 2008 geht die Zerstörung von allem Traditionellen noch schneller voran: Eine rücksichtslose Kommerzialisierung raubt den Städten ihr Gesicht; Hunderttausende Chinesen drängen die Tibeter auch in den ländlichen Regionen an den Rand; die Nomaden, früher das Rückgrat der tibetischen Gesellschaft, werden zwangsangesiedelt, die Umwelt für das chinesische Wirtschaftswachstum ausgebeutet. Ihrer Freiheitsrechte beraubt, haben schon über 130 Männer und Frauen durch Selbstverbrennung gegen diese Entwicklung protestiert; für viele ein letzter Akt der Würde.

Gleichzeitig breitet sich eine neue, stille, aber sehr effektive Protestbewegung aus. Der Referent beleuchtet den historischen und kulturellen Hintergrund sowie die Ursachen des Konflikts und geht auf den ungebrochenen Widerstand der Menschen, ihre Sehnsucht nach Frieden und Selbstbestimmung, ein.

Eine Veranstaltung im Rahmen des Friedenskulturmonats

GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 14.-16. Oktober 2016

Die GfbV-Jahreshauptversammlung findet am Wochenende, den 14.-16. Oktober 2016 in Göttingen statt. Die eigentliche Hauptversammlung tagt am Samstag. Auch diesmal werden wir auch wieder Menschenrechtsverteidiger, Minderheitenvertreter und Experten befreundeter Menschenrechtsorganisationen begrüßen können.

Darfur-Hilfe e.V. - Mitgliederversammlung

Samstag, 5. November 2016, 12 Uhr

anschließend

Land in Afrika – nicht fairkauft.

Landgrabbing in Subsahara-Afrika

Darfur-Sudan im Fokus

Samstag, 5. November 2016, 14.30 – 17.30 Uhr

Die Brücke - Internationales Zentrum der Universität

Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz), 48143 Münster,

Veranstalter:

Gesellschaft für bedrohte Völker, Regionalgruppe Münster, Darfur-Hilfe e.V., Ghana-Forum NRW, Eine-Welt-Forum Münster

2. Berichte, Presseerklärungen und Hinweise

Aufruf zur Menschenkette

Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt

Rassismus darf keinen Platz in Münster haben!

Samstag, 18. Juni 2016 Münster, ab 16.30 Uhr

Um **17.30 Uhr** soll die **Menschenkette** zwischen Rathaus, Dom und Münzstraße **geschlossen** werden.

Dass auch das schöne Münster nicht von rassistischer Gewalt frei ist, bewiesen zuletzt zwei Brandanschläge auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Hilstrup. Mit einer bundesweiten Aktion am kommenden Wochenende wollen wir dagegen ein Zeichen setzen.

Am Samstag, den 18. Juni, bilden wir eine Menschenkette vom Friedenssaal über den Domplatz, vorbei an der Überwasserkirche, über den Rosenplatz bis zur Flüchtlingsunterkunft in der Münzstraße. Wir zeigen damit: Münster soll für Offenheit und Vielfalt stehen und nicht für Hass und Gewalt.

Beginn ist ab 17 Uhr an fünf Treffpunkten, von denen aus wir uns über die Strecke verteilen werden. Um 17:30 Uhr soll die lange Menschenkette stehen.

Die Treffpunkte sind:

- A: Prinzipalmarkt, Platz vor dem Friedenssaal (GfbV-Schwerpunkt vor dem Rathaus)
- B: Der Domplatz
- C: Der Platz der Überwasserkirche
- D: Der Rosenplatz
- E: Die Ecke Münzstraße/Kreuzstraße

Dazu rufen auf Amnesty International Münster-Osnabrück, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Bistum Münster, Evangelischer Kirchenkreis Münster, Jüdische Gemeinde Münster, Islamische Gemeinde Ahmadiyya Muslim Jamaat Hilstrup, Stadtdekanat Münster, GGUA Münster, DGB Münsterland, Diakonie Münster, Arbeiter-Samariter-Bund Münsterland, Deutsches Rotes Kreuz Münster, Johanniter-Unfall-Hilfe Münsterland/Soest, Malteser Hilfsdienst Münster, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, Welcome Münster, Münster gegen Pegida, Paritätischer Wohlfahrtsverband Münster, Evangelische Studierendengemeinde Münster und die Gesellschaft für bedrohte Völker- Regionalgruppe Münster.

Siehe auch: <http://www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de/home/>

Letzte Chance für eine Kindheit

Aktion zum Weltflüchtlingstag

Montag, 20.6.2016, 11.30 – 13.30 Uhr)

Rathaus, Prinzipalmarkt, Münster

[aus der gemeinsamen Pressemitteilung]

Gesellschaft für bedrohte Völker und UNICEF-Gruppe Münster machen am Weltflüchtlingstag aufmerksam für Kinder im Krieg und auf der Flucht. Am Montag, den 20. Juni, informieren sie über das Schicksal von Kindern und Familien auf der Flucht und die Fluchtursachen.

„Kinder machen rund die Hälfte der weltweiten Flüchtlinge aus – aber ihre Not und ihre besonderen Bedürfnisse werden viel zu oft übersehen“, sagt Brigitte Lüdeke von der UNICEF-Gruppe in Münster. Gemeinsam mit Dr. Kajo Schukalla von der Gesellschaft für bedrohte Völker hat sie die Aktion zum Weltflüchtlingstag initiiert. „Wir wollen mit unserer Aktion auch ein Zeichen für Solidarität mit Flüchtlingen und ein friedliches Miteinander setzen und rufen zum Engagement auf“, so Schukalla.

In Ländern wie Syrien und Südsudan müssen Kinder unaussprechliche Gewalt mit ansehen. Nicht einmal zu Hause oder in der Schule sind sie vor Angriffen sicher. Viele Kinder können jahrelang nicht zur Schule gehen - ihnen wird die Zukunft genommen. Mit einem dringenden Appell fordert UNICEF die Bundesregierung auf, sich gezielt und verlässlich für Kinder aus Krisengebieten einzusetzen: Jedes Kind in Krisengebieten muss zur Schule gehen können, Schulen in Krisengebieten müssen sichere Orte für Kinder sein und Schutz und Bildung müssen auch für Flüchtlingskinder in Deutschland gesichert sein.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) als internationale Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, indigene Gemeinschaften und Flüchtlinge informiert zum Weltflüchtlingstag über Menschenrechtsverletzungen in Herkunftsländern wie Syrien oder Eritrea und fordert eine entschiedene Bekämpfung der Fluchtursachen.

Wir trauern um Rupert Neudeck !

Unser Freund Rupert Neudeck (*14.5. 1939; +31. Mai 2016) war Friedensaktivist und streitbarer Helfer mit zahllosen humanitären Einsätzen weltweit. In Münster war er regelmäßiger Gast zu Vorträgen und Podien. Seine Wohnungsküche in Troisdorf war über Jahrzehnte eine Art Kommandozentrale für humanitäre Einsätze.

Bekannt wurde er vor allem als Mitgründer des deutschen Komitees Ein Schiff für Vietnam 1979, aus dem 1982 der Verein "Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte" hervorging und den er lange leitete. 2003 gründete er dann die Grünhelme, ein internationales, interreligiöses Friedenscorps.

1939 war er in Danzig zur Welt gekommen. Die Erfahrungen der Flucht Ende des Weltkrieges wurden prägend für sein Leben.

Er studierte Jura- und Theologie und gehörte einige Jahre dem Jesuitenorden an, studierte danach Theologie, Philosophie, Germanistik und Soziologie in Bonn, Münster und Salzburg und promovierte über "Politische Ethik bei Jean-Paul Sartre und Albert Camus".

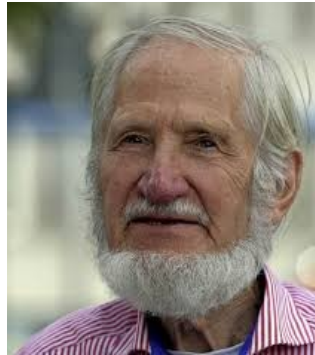
Wir sind ihm in unsere Menschenrechtsarbeit immer wieder begegnet. Sein unbürokratischer und zupackender Einsatz für die Opfer humanitärer Katastrophen, ob in Afghanistan, Sudan, Bosnien oder Syrien war vorbildlich. Wir haben uns gegenseitig unterstützt und auch offen Meinungsverschiedenheiten ausgetragen. Vollbluteinsatz für Recht und Gerechtigkeit geht nicht ohne Emotionen! Rupert Neudeck war auch Beiratsmitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker, die jetzt einen wichtigen Ratgeber verloren hat.

Zur Verleihung des letzten Victor-Gollancz-Preises der Gesellschaft für bedrohte Völker an Bernard Kouchner 2014 hielt er noch die Laudatio.

Die vielen Gemeinsamkeiten und die Erinnerung an seine große Menschlichkeit

werden wir in ständiger Erinnerung bewahren. Rupert Neudeck wurde 77 Jahre alt. Rupert Neudeck hinterlässt seine Frau Christel und drei Kinder und viele Freunde. Wir trauern mit ihnen.

Kajo Schukalla



Link zur Rede Rupert Neudecks 2014:

https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Publikationen_Dokumente/2014/Laudatio_Neudeck_Victor-Gollancz-Preis.pdf

Abschied von Volker Pade

Am Samstag, den 21. Mai 2016, habe wir uns in einer bewegenden Trauerfeier von Volker Pade (* 9.3.1958, + 24.4.2016) in Münster-Lauheide verabschiedet. Volker hat uns in unserer Menschenrechtsarbeit immer wieder unterstützt, vor allem wenn wir dringend Dokumentarmaterial oder einfach Hinweise zu Filmdokumenten benötigten.

Kennengelernt habe ich ihn wohl schon 1979, ich meine mich zu erinnern an der Theke der später besetzten Kneipe Kronenburg an der Hammer Straße. Damals hatte er sein Soziologie-Studium in Münster aufgenommen, das er mit einer Arbeit über das Filmschaffen in Nicaragua abschloss. Anfang der 1990er, ich organisierte damals an der Volkshochschule Münster interkulturelle Themen, kooperierten wir bei Filmabenden u.a. mit Gordian Troeller und Sylvie Banuls. Volker organisierte zudem Filmtage zu Lateinamerika, Palästina und anderen Eine-Welt-Themen, produzierte und arbeitete in der Filmwerkstatt Münster (jetzt im Pumpenhaus), baute für das LWL-Medienzentrum für Westfalen und die Gedenkstätte Villa ten Hompel audio-visuelle Archive auf und war zeitlebens mit Projekten beschäftigt, in die er auch seine privaten Finanzen steckte. Als einer der ersten Hausbesetzer in der Stadt blieb er in der „Szene“ verwurzelt. Unsere politischen Einschätzungen divergierten regelmäßig, aber er hielt mich aus. Wenn es um verfolgte Minderheiten und Menschenrechtsverletzungen ging, fand ich in ihm immer einen aufmerksamen Zuhörer und Unterstützer.

2005 wurde er Mitbegründer der Eine-Welt Friedens-Initiative Münster. Ab 2009 war er als Mitarbeiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel mit der archivalischen Erschließung der polizeigeschichtlichen Sammlung zum Dritten Reich befasst (die Ordnungspolizei sicherte u.a. die Deportationen in die Konzentrationslager), er bearbeitete auch den Nachlass des NS-Opfers Paul Wulf, den wir beide noch gut kennengelernt hatten.

Kurz vor seinem Tod sagte er: „Wenn ich jetzt sterben sollte, kann ich sagen, ich habe gelebt.“ Ein irgendwie doch versöhnliches Wort. Wir werden Volker ein ehrendes Gedenken bewahren.



Kajo Schukalla

**Eine Literturempfehlung: „Die enthemmte Mitte“
Neue Studie zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland**

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hrsg.):

Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland

Die Leipziger Mitte-Studie 2016.

Gießen 2016 (Psychosozial-Verlag)

In ihrer Besprechung schreiben Michael Stognienko und Stefan Schönfelder u.a.:

„Die Befunde der neuen Leipziger "Mitte"-Studie stellen politische Akteur/innen vor eine Aufgabe: Sie besteht darin, Menschen in einer polarisierten Gesellschaft mit klaren Angeboten für eine plurale und solidarische Politik zu gewinnen.

Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016 „Die enthemmte Mitte - Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ überrascht auf den ersten Blick: Hinsichtlich der Verbreitung von klassisch rechtsextremen Einstellungen weist die aktuelle Erhebung nur geringfügige Veränderungen zur Vorgängerin im Jahr 2014 auf. Die Antworten auf Fragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigen eine Abnahme generalisierter Vorurteile. [...]

Gleichzeitig sind ablehnende Haltungen gegenüber Asylbewerber/innen, Muslimen und Sinti und Roma gewachsen. [...]

Die völkisch-rassistische Rechte formiert sich neu. Die Befragung belegt eine stärkere Bereitschaft, sich zu antipluralistischen und autoritär-völkischen Gesellschaftsvorstellungen zu bekennen. „Ich bin rechts“ ist kein Stigma mehr und wird zur Selbstbeschreibung selbstbewusst genutzt. Mit der AfD hat dieser Teil der Gesellschaft, der offensichtlich relativ stabil in seinen Einstellungen ist, einen Katalysator und eine politische Ausdrucksform gefunden. Er ist dadurch sichtbarer geworden und handelt offen.

Die jüngsten Veränderungen im Parteiensystem mit den Wahlerfolgen der AfD scheinen weniger mit einem Anstieg fremdenfeindlicher und autoritärer Einstellungen in der Gesellschaft erklärbar. Sie sind vielmehr auf das Auftreten eines neuen politischen Akteurs zurückzuführen, der rechte Einstellungen enttabuisiert und öffentlich vertretbar macht. [...]

Zudem lässt sich eine Polarisierung der gesellschaftlichen "Mitte" ablesen: Der Teil mit rechtsextremen und autoritären Einstellungen radikalisiert sich; antipluralistische, völkische Gruppen sind sichtbarer geworden. Gleichzeitig lässt sich in der "Mitte" aber auch eine Zunahme der demokratischen Einstellungen nachweisen. [...]

Große Teile der Befragten finden jedoch keine klare Haltung zu rassistischen Phänomenen. Deutlich wird das zum Beispiel an der Einstellung zu den *Gida-Bewegungen: Knapp die Hälfte der Deutschen (45,3 Prozent) positioniert sich zwischen den beiden Polen – zwischen dem Teil, der die Ziele von Pegida überhaupt nicht befürwortet - und dem kleineren, der diese Ziele vollkommen teilt. [...] Positiv gewendet könnte man diese „Mitte“ auch als offenes Feld beschreiben - und damit als besondere Chance und Herausforderung für die politische Kommunikation: Diese „Mitte“ (die schwankend oder nicht wählt) zu gewinnen, heißt nicht, sich als Partei und politische Akteur/in selbst in eine unklare „Mitte“ zu begeben. Es stellt uns vor die Aufgabe, die Menschen zwischen den Polen mit klaren Angeboten für eine plurale, emanzipatorische und solidarische Politik zu gewinnen.

Die Ablehnung gegenüber einzelnen Gruppen – Muslime, Geflüchtete, Sinti und Roma –

ist in seiner Dimension alarmierend und reicht bis weit in die Bevölkerungsteile, die sich selbst als Mitte oder links beschreiben.

[...]

Die hohe Zustimmung zu autoritären Gesellschaftsformen, eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem realen Wirken von Demokratie und die Abwertung sozial schwacher Gruppen sind nicht allein aus der sozioökonomischen Situation zu erklären. Offensichtlich führt ein Komplex aus ungerechter ökonomischer Teilhabe, politischer Exklusionen und Verunsicherungen in Bezug auf soziale Zugehörigkeit in der globalisierten Moderne zu antimodernen, antipluralistischen und völkisch-nationalistischen Affekten. Die Entwicklung starker Institutionen der sozialen Absicherung, der ökonomischen und politischen Teilhabe und eine deutliche Kommunikation zu diesen Themen sind mögliche Antworten grüner Politik.

[...]

Auch für die besondere Situation in Sachsen gibt uns die Studie einige Hinweise. Die Zahlen machen deutlich, dass die *gida-Gruppen keine Sammlung besorgter oder vorrangig sozioökonomisch abgehängter und prekärer Menschen sind. Die vorrangigen Motive sind ein völkisches, antipluralistisches Weltbild und ein starker antimuslimischer Rassismus. Die Auseinandersetzung ist deshalb im politischen Raum zu suchen und nicht in entpolitisierten Dialogen und psychotherapeutischen Ansätzen.

Die "Mitte"-Studien der Universität Leipzig werden seit 2002 von einer Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker durchgeführt. Sie sind eine Langzeitbeobachtung für die politische Diskussion und Bildungsarbeit, die autoritäre und rechtsextreme Einstellungen im Zeitverlauf abbildet. Die aktuelle "Mitte"-Studie entstand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.“

Quelle: <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-polarisierte-mitte-studie-leipzig-boell>

Zur Studie als pdf-Dokumenten:

https://www.boell.de/sites/default/files/2016-06-mitte_studie_uni_leipzig.pdf

Dossier zu Rassismus und Rechtspopulismus

<https://www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus>

Abschiebung einer schwangeren Afghanin mit ihrer Familie vor der Morgendämmerung

Diese Abschiebung aus Münster hat etwas verändert, bisher hatte der vielgelobte Münster-Konsens zur Flüchtlingspolitik gehalten.

Nachts um drei Uhr rückte die Polizei am alten Pfarrhaus in Albachten an und zwang die schwangere Masuma R., ihren Mann und die beiden Kinder auf den Weg zum Flughafen Düsseldorf, dem die Abschiebung zunächst nach Ungarn folgte. Vorangegangen waren für die Familie Gewalterfahrungen in Afghanistan, ein halbes Jahr Flucht, dabei weite Strecken zu Fuß, dann Festnahme, Erniedrigungen und Asylregistrierung in Ungarn, weitere Flucht bis nach Münster. Im August sollte das Kind zur Welt hier kommen, die anderen Kinder freuten sich auf die Schule. Auch christlich wollte die Familie werden, ein Taftermin war bereits vereinbart. Dann hieß es entgegen missverständlicher Hinweise im Ausländeramt nachts: Raus! Vorhandene Handlungsspielräume nutzen die städtischen

Dezernate offenkundig nicht. Die Abschiebung mag ja nach geltendem Asylrecht legal sein, humanitär und akzeptabel wird sie dadurch nicht !

Der Umgang mit Flüchtlingen in Ungarn ist berüchtigt, die Gefahr einer Kettenrückschiebung bis nach Afghanistan kann nicht ausgeschlossen werden. Am 31.5.2016 verschickte das Auswärtige Amt eine aktualisierte Reisewarnung zu Afghanistan, das künftig als „sicheres Drittland“ geführt werden soll. Dort ist zu lesen: „Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt. Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein.“ Und ein wichtiger Hinweis auch für Schwangere: „Eine ausreichende medizinische Versorgung [...] kann in weiten Landesteilen [...] nicht gewährleistet werden.“

Politiker und Verwaltungsleute, die solch menschenverachtende Maßnahmen exekutieren oder auch nur stillschweigend hinnehmen, handeln nicht nur inhuman, sie untergraben auch die Zustimmung zu unserem Staat, der vom Anspruch her ein sozialer Rechtsstaat sein will.

Flüchtlingsunterstützer und auch widerständige Mitbürger zugunsten Geflüchteter, verdienen umso mehr unsere entschlossene Unterstützung.
Kajo Schukalla

Filmarchiv zu Tschetschenien ist jetzt online

Seit Mai 2016 ist das Online-Video-Archiv über Verbrechen während der beiden Tschetschenien-Kriege zwischen 1994 und 2006 offen. Es enthält zahlreiche Dokumente von unserer mutigen Freundin Zaynap Gashaeva und weiteren Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Dokumentarfilmern. Digitalisiert wurden die Dokumente, die teilweise zur Sicherung vergraben waren, vom Verein Chechen-Archive, der GfbV-Schweiz, den FriedensFrauen weltweit und Reporter ohne Grenzen Schweiz.

<http://www.chechenarchive.org>

100 Jahre Völkermord - 100 Jahre Leugnen

Pogrom-Ausgabe von 2015 kann noch bestellt werden !

Vor etwa über 100 Jahren, im April 1915, begann der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts. Opfer waren alle christlichen Völker des Osmanischen Reiches: die Armenier, Assyrer/Aramäer und Griechen. So wurde aus dem vormals multikulturellen Gemeinwesen eine Republik mit einer religiös homogenen Bevölkerung. Die Verbrechen werden von der Türkei bis heute als bedauerliche Begleiterscheinung des Ersten Weltkriegs gedeutet. Mit Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Türkei scheuen sich auch viele andere Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, den Genozid beim Namen zu nennen.

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Pogrom beleuchtet Hintergründe, Planung und Ablauf der Massaker, nennt Verantwortliche und macht deutlich, dass eine



Versöhnung erst dann möglich ist, wenn die Türkei die historische Verantwortung für den Völkermord übernimmt.

Bedrohte Völker – Pogrom

Nummer 285

Ausgabe 06/2014

Seiten 106

Preis 4.60 Euro

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/285-voelkermord-an-den-armeniern/>

Bundestag wird Resolution zum Völkermord an Armenier und anderen christlichen Minderheiten verabschieden

Vor Abstimmung der überfälligen Bundestagsfraktion verfasste **Tilman Zülch**, GfbV-Gründer und jahrzehntelanger Menschenrechtsaktivist, diese Stellungnahme der Gesellschaft für bedrohte Völker:

An die Mitglieder des Deutschen Bundestags

Göttingen/Berlin, den 30. Mai 2016

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Gesellschaft für bedrohte Völker begrüßt die am Donnerstag stattfindende Debatte im Bundestag und die Resolution „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“, die anschließend verabschiedet werden soll. Allerdings ist nach unserer Meinung die Resolution nicht vollständig. Für unsere internationale Menschenrechtsorganisation für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten weise ich darauf hin, dass

- 1. die Opfergruppe der Griechen (Trakische Griechen [ab 1912], Pontos-Griechen [1916/17] und Ägäis-Griechen [1919-22]) unbedingt erwähnt werden sollte.*
- 2. das Wort „Vertreibung“ zwar 14 Mal im Text steht, die Bezeichnung „Vertreibung“ jedoch kein Synonym für die „Deportationen“ und/oder die „Todesmärsche“ ist, die stattgefunden haben. Selbst die offizielle Türkei spricht seit den 1980er Jahren von „Deportationen“.*
- 3. zwar immer wieder auf die Notwendigkeit einer Versöhnung zwischen Türken und Armeniern hingewiesen wird. Doch es muss auch auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Türken auf der einen Seite und den Aramäern/Assyrern/Chaldäern und Griechen auf der anderen Seite hingewirkt werden.*

Zu dieser Versöhnung muss auch gehören, dass

- die Nachkommen der Opfer, die als „versteckte Christen“ eine Existenz der Leugnung

der eigenen Identität fristen, ihre Identität wieder annehmen und offen leben dürfen.

- die Gerechten, die Christen gerettet haben, geehrt werden.

Da der Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten strafrechtlich folgenlos blieb, nahm die türkische Regierung die nächsten Minderheiten ins Visier. Bis heute werden Kurden, Aleviten, Yeziden und Assyrer/Aramäer in der Türkei aufgrund der Zugehörigkeit zu ihrer Volksgruppe bzw. ihrer Religionsgemeinschaft diskriminiert, schikaniert und haben kein Anrecht auf Gleichbehandlung.

Report dokumentiert: Chinas Billigexporte schüren Menschenrechtsverletzungen an Tibetern, Uiguren und Mongolen

Deutsch-Chinesische Regierungskonsultationen (12.-14.6.2016)

(GfbV-Pressemitteilung vom 9. Juni 2016)

Chinas Billigexporte von Stahl, Aluminium und Textilien schüren Menschenrechtsverletzungen an Tibetern, Uiguren und Mongolen. Ohne preiswerte Rohstoffe und insbesondere billige Energie aus Tibet, Xinjiang/Ostturkestan und der Inneren Mongolei wäre das Ausmaß der Billigexporte in den drei Branchen deutlich geringer.

Vor den Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) darauf hingewiesen, dass Chinas umstrittene Billigexporte Menschenrechtsverletzungen an Tibetern, Uiguren und Mongolen schüren. „Chinas Billigaufnahmen werden durch preiswerte Rohstoffe aus den Nationalitäten-Gebieten begünstigt“, kritisiert die Menschenrechtsorganisation in einem 51-seitigen Report, den sie am Donnerstag veröffentlichte.

Der Report dokumentiert den Raubbau Chinas an den Ressourcen in Tibet, Xinjiang und der Inneren Mongolei sowie den friedlichen Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen die Zerstörung ihres Landes. So wird berichtet, wie heilige Berge der Tibeter rücksichtslos ausgehöhlt und Umweltaktivisten eingeschüchert und verfolgt werden. Hunderte Angehörige der Minderheiten wurden seit dem Jahr 2009 inhaftiert, weil sie gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage protestierten. Mehrere hunderttausend Nomaden wurden zwangsweise angesiedelt, um den Zugriff auf Rohstoffe auf ihrem Territorium zu erleichtern.

Besonders katastrophal ist nach Angaben der GfbV die Lage der Uiguren, die wegen massiver Präsenz von Polizei und Militär tatenlos zuschauen müssen, wie Flüsse, Boden und Luft mit Schadstoffen verseucht werden. „China verlagert immer mehr Schwerindustrie nach Xinjiang, da es dort billige Energie gibt. So exportieren Chinas Industriezentren ihren Smog in das Land der Uiguren“, warnte der GfbV-China-Experte Ulrich Delius. Die Menschenrechtsorganisation hat Bundeskanzlerin Angela Merkel gebeten, sich für einen besseren Schutz der Minderheiten vor der Plünderung ihrer Ressourcen und der Zerstörung ihrer traditionellen Siedlungsgebiete einzusetzen.

Der Streit um Billigexporte aus der Volksrepublik wirft seine Schatten auf die Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen und den China-Besuch der deutschen Delegation und Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, der vom 12.-14. Juni stattfindet, voraus. So fordert Vizekanzler Sigmar Gabriel mehr Schutz zölle, um deutsche Arbeitsplätze vor billiger Ware aus China zu schützen. „Die ersten Verlierer dieses Streits stehen aber schon

heute fest. Es sind die Uiguren, Tibeter und Mongolen, deren Land rücksichtslos zerstört wird und die nicht gefragt werden, welche Form von Entwicklung sie wünschen“, erklärte der GfbV-China-Experte Ulrich Delius.

Die neuen Stahlwerke und Aluminium-Hütten in Xinjiang und der Inneren Mongolei sind leistungsfähiger als alle bestehenden Unternehmen im Osten Chinas. Sie produzieren dank staatlicher Förderung günstiger sowie mehr als je zuvor und werfen ihre Produkte als Billigausfuhren auf den Weltmarkt.

Unter dieser Adresse kann der Report kostenfrei heruntergeladen werden:

https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/MR-Report-81_China-Billigprodukte-schueren-Menschenrechtsverletzungen.pdf

China soll inhaftierte Überlebende des Tiananmen-Massakers endlich freilassen

27. Jahrestag des Tiananmen-Massakers

Gedenken an die Opfer des Tiananmen-Massakers am 4. Juni 1989

(GfbV-Pressemitteilung vom 4. Juni 2016)

Anlässlich des 27. Jahrestags des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Freilassung aller inhaftierten Überlebenden des Blutbades gefordert. „Mindestens 20 Anhänger der Demokratiebewegung, die sich vor 27 Jahren den Panzern entgegenstellten, sind inzwischen wieder in Haft“, berichtete der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius am Freitag in Göttingen und erinnerte auch an das Schicksal der Journalistin Gao Yu. Die ehemalige Mitarbeiterin der Deutschen Welle wurde zwar nach einer schweren Erkrankung im November 2015 aus der Haft entlassen. Doch seit Monaten wird sie von den Behörden an einer Ausreise nach Deutschland gehindert. Sie war nach dem Massaker sechs Jahre inhaftiert, erst jüngst erneut in Ungnade gefallen und in einem unfairen Gerichtsverfahren zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Die GfbV verurteilte die anhaltenden Übergriffe chinesischer Sicherheitskräfte auf Angehörige der bei dem Massaker Ermordeten sowie auf Menschenrechtsverteidiger, die der Opfer des Blutbades gedenken wollen. Chinesische Menschenrechtler, die öffentlich an das Schicksal der Getöteten erinnern wollten, wurden im Vorfeld des Jahrestags von der Polizei unter Hausarrest gestellt. Am vergangenen Wochenende wurden in Peking drei von sieben Aktivisten festgenommen, die öffentlich für die Opfer des Massakers beteten. Andere Menschenrechtsverteidiger wurden in den vergangenen Tagen von den Sicherheitsbehörden zwangsweise auf „Landurlaub“ geschickt, um sicherzustellen, dass sie nicht an Gedenkveranstaltungen teilnehmen können. So wurde der in Chongqing lebende Menschenrechtler Han Liang von der Polizei aus seiner Heimatstadt in einen Zwangsurlaub aufs Land geschickt.

Zu den inhaftierten Veteranen der Demokratiebewegung zählt auch der Schriftsteller Yang Tongyan. Nach dem Blutbad musste er eine zehnjährige Gefängnisstrafe verbüßen. Im Jahr 2006 wurde er erneut vor Gericht gestellt und zu einer zwölfjährigen Haftstrafe verurteilt, die erst im Jahr 2018 enden wird. Auch Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, der Menschenrechtler Chen Wei und der Demokratie-Aktivist Xie Changfa befinden sich nach Verbüßung ihrer Tiananmen-Haftstrafen erneut aus politischen Gründen im Gefängnis.

Bei der blutigen Niederschlagung von Protesten der Demokratiebewegung waren am 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking mehr als 200 Menschen zu Tode gekommen. Tausende Kritiker der Regierung wurden im ganzen Land verhaftet.

Bittere Bilanz veröffentlicht: Schreckensherrschaft von Mao wirkt bis heute fort

Vor 50 Jahren: In China beginnt Kulturrevolution (16.Mai)

(Pressemitteilung vom 10.5.2016)



Mao Zedong ließ sich auf Propagandamaterial als Führungssikone stilisieren, zu der die Menschen aufblicken. Foto: James Vaughan via Flickr

Anlässlich des 50. Jahrestages der Kulturrevolution in China (16.5.) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Schwerpunkt ihrer Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ der Schreckensherrschaft von Mao Zedong gewidmet. Sein Todestag jährt sich 2016 zum 40. Mal. Besonderes Augenmerk wurde in dem GfbV-Magazin auf die schweren Menschenrechtsverletzungen an Mongolen, Uiguren und Tibetern gerichtet. Das Schicksal dieser Volksgruppen bleibt im Zusammenhang mit der Kulturrevolution meist unerwähnt. Sie brachte 1966 bis 1976 rund drei Millionen Menschen im ganzen Land den Tod, Hunderte Millionen Menschen wurden gequält und gedemütigt. Die Gesamtzahl der Opfer unter Maos Regime 1949 bis 1976 wird auf 35 bis 80 Millionen geschätzt.

Auf 75 Seiten ziehen Menschenrechts- und Minderheitenexperten in der Zeitschrift eine bittere Bilanz gerade für die Minderheiten, an denen während der gesamten Zeit von Maos Herrschaft Völkermordverbrechen mit Hunderttausenden von Opfern begangen wurden. Geschildert werden nicht nur die grausamen Verbrechen der vorwiegend jungen Rotgardisten, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei (KP) unter Führung von Mao für die Kulturrevolution fanatisierte und grausam gegen Lehrer, Intellektuelle, Künstler, Kaufleute, Geistliche, Grundbesitzer, missliebige Politiker, selbst Familienangehörige und Freunde marschieren sowie wertvolle Kulturgüter und heilige

Stätten vernichten ließ.

Darüber hinaus stellen die Autoren auch Bezüge zum heutigen China her, in dem das Regime unter Xi Jinping zur Sicherung seiner Macht immer häufiger Methoden der Einschüchterung und Verfolgung aus der Zeit der Kulturrevolution anwenden lässt. So gibt es Massenprozesse vor Zuschauern in Stadien, vor laufender Kamera erzwungene Geständnisse werden im Staatsfernsehen übertragen, „westliche Ideen“ bekämpft und die Religionsfreiheit empfindlich eingeschränkt.

Es werden aber auch seltene Versuche der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der chinesischen Zeitgeschichte im Reich der Mitte vorgestellt wie das Untergrundmagazin „Remembrance“, das nur digital verbreitet wird, einige wenige kritische Bücher und Schriften, die in Hongkong publiziert wurden, und das einzige Museum Chinas, das von einem Privatmann betrieben wird und das Grauen dokumentieren sowie den Opfern eine Stimme geben will.

Kontakt: Sandy Naake, Redakteurin der Zeitschrift "bedrohte Völker - pogrom", und Hanno Schedler, Mitarbeiter im Asienreferat

E-Mail: redaktion@gfbv.de , asien@gfbv.de , presse@gfbv.de

China ist Thema eines aktuellen Heftes unserer Fachzeitschrift

„Bedrohte Völker / Pogrom“

50 Jahre Kulturrevolution: Schreckensherrschaft wirkt bis heute fort

Vor 50 Jahren begann in China die Kulturrevolution. Sie brachte unendliches Leid über das Land, denn die chinesische Führung unter Mao Zedong verübte schwerste Menschenrechtsverletzungen – vor allem gegen Mongolen, Uiguren und Tibeter, deren Schicksal nahezu unerwähnt bleibt, wenn über die Kulturrevolution publiziert wird. Die Täter von damals wurden bis heute nicht bestraft. Im China des 21. Jahrhunderts werden jedoch immer häufiger Methoden der Einschüchterung und Verfolgung aus der Zeit der Kulturrevolution erneut angewandt.

Nummer 292, Ausgabe 01/2016

Seiten 100, Preis 4.60 Euro

Mehr zum Heft mit diesem Link:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/292-50-jahre-kulturrevolution/>

(siehe oben auch die GfbV-Pressemitteilung vom 10.5.2016)



help@gfbv.de - Notruf für bedrängte Flüchtlinge

Hilfe bei Übergriffen und Diskriminierung in Gemeinschaftsunterkünften

(GfbV-Pressemitteilung vom 11.4.2016)

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) richtet einen Notruf für Flüchtlinge ein, die einer ethnischen oder religiösen Minderheit angehören. Wer aufgrund seines Glaubens oder seiner Volkszugehörigkeit in Gemeinschaftsunterkünften von anderen Flüchtlingen bedrängt, diskriminiert oder schikaniert wird, kann sich per E-Mail an help@gfbv.de wenden, teilte die Menschenrechtsorganisation am Montag mit. Jeder Hinweis werde diskret behandelt und geprüft. In gravierenden Fällen werde konkrete Hilfe vermittelt – falls gewünscht auch unter Berücksichtigung der Religionszugehörigkeit der Opfer von Übergriffen, seien es Christen, Yeziden, Muslime oder Angehörige kleinerer Glaubensgemeinschaften. Die Evangelische Kirche hat der GfbV bereits Unterstützung zugesagt. So haben die Hilfsstelle für evangelische Pfarrer in Berlin und andere christliche Verbände begonnen, ein Netzwerk für schnelle Hilfe aufzubauen. Auch Organisationen anderer Religionsgemeinschaften sollen einbezogen werden.

Zur Einrichtung des Notrufes hat sich die GfbV entschlossen, da Berichte über Konflikte zwischen Flüchtlingen unterschiedlicher Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften kursieren und die Menschen verunsichern. „Ablehnung und Feindschaften beispielsweise gegen ethnische und religiöse Minderheiten wie in den Herkunftsländern der Flüchtlinge dürfen hier nicht fortgesetzt werden“, erklärte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido. „Uns ist klar, dass die Enge in Heimen, die Sorge um zurückgebliebene Angehörige und auch die langen Tage ohne sinnvolle Beschäftigung dazu beitragen, dass die Nerven der Flüchtlinge strapaziert werden. Umso notwendiger erscheint es uns, dass Betroffene eine Stelle haben, an die sie sich im Konfliktfall auch anonym wenden können.“

Die GfbV will die Berichte betroffener Flüchtlinge systematisch sammeln, neutral prüfen und auswerten. „Denn ein sachlich fundierter Report über die tatsächlichen Ereignisse ist notwendige Voraussetzung dafür, wirksame Strategien zur Konfliktvermeidung entwickeln und wirksame Hilfe leisten zu können“, sagte Sido. Die GfbV macht ihre virtuelle Anlaufstelle help@gfbv.de auf ihrer Homepage und in sozialen Netzwerken bekannt, legt aber auch in Flüchtlingsheimen Infoblätter in Deutsch, Englisch, Französisch, Kurdisch, Aramäisch, Arabisch, Serbisch, Albanisch, Dari und Farsi aus.

Kontakt: Dr. Kamal Sido, Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker

E-Mail: help@gfbv.de, presse@gfbv.de



16. Afrika-Festival startete in Münster

Das diesjährige **Motto** lautet »**Perspektive wechsele dich – Vom Flüchten und Ankommen in Afrika und Europa**«.

Bürgermeisterin Beate Vilhjalmsson und Seidou Karidio, Vorsitzender der Afrika Kooperative, eröffneten am Donnerstag, den 2.6., das Afrika-Festival, das unter dem Motto »**Perspektive wechsele dich – Vom Flüchten und Ankommen in Afrika und Europa**« steht. Bei der Eröffnungsveranstaltung referierten und diskutierten Hamani Amadou (Solidarität Niger e.V.), Dr. Hendrik Meyer (Inst. f. Politikwiss. Münster) Joséé Mukanshimiyimana (Iriba e.V.), Achim Sommer (Die Brücke), Dr. Kajo Schukalla (Ghana-Forum NRW und Gesellschaft für bedrohte Völker).

Als Gäste wurde besonders eine Delegation aus Tamale (Nordghana) begrüßt, die sich als Partner der Heilig-Kreuz-Gemeinde derzeit Münster besucht.

Neben verschiedenen Kultur- und Literaturveranstaltungen und Konzerten findet am **Samstag, den 11.6.**, ganztägig ein **Afrikanischer Markt** im Rathausinnenhof und an der Klemensstr.1 statt (siehe auch Terminhinweise oben).

Zum Programm:

<http://afrika-kooperative.blogspot.de/2015/03/festivaleroffnung-und-themenabend.html>

Flüchtlingshilfeinitiativen in der Nachbarschaft

Vielen sind von uns zusätzlich in der Flüchtlingsarbeit aktiv, andere suchen vielleicht noch Kontakte. Nachfolgend finden sich Hinweise auf Initiativen in Münsters Stadtteilen.

Flüchtlingshilfe Münster Süd-Ost

www.fluechtlingshilfe-muenster-suedost.de

Flüchtlingshilfe Münster Ost

<http://www.fluechtlingshilfe-muenster-ost.de>

Flüchtlingshilfe Gievenbeck/ Sentrup

www.fgs-muenster.de

Flüchtlingshilfe Südviertel

www.muenster.org/svfh

Flüchtlingsnetzwerk Hilstrup

<https://www.fluechtlingsnetzwerk-hilstrup.de>

Flüchtlingshilfe Mecklenbeck

<http://willkommen-in-mecklenbeck.de/>

Initiativkreis Hoppengarten

<http://www.initiativkreis-hoppengarten.de/>

Flüchtlingshilfe Münster NordOst

<http://fluechtlingshilfe-muenster-nordost.de/>

Flüchtlingshilfe Münster Mitte

<https://www.facebook.com/fluechtlingshilfemuenstermitte/info/?tab=overview>

Flüchtlingshilfe Münster West

<http://www.fluechtlingshilfe-muenster-west.de/>

<https://www.facebook.com/fluechtlingshilfe.ms.west/timeline>

Freiwilligenagentur

<http://www.freiwilligenagentur-muenster.de/engagieren/engagement-fuer-gefluechtete-menschen-in-muenster/>

Neue Länderberichte zur Religionsfreiheit zu Saudi-Arabien und Jemen

Die Fachstelle Menschenrechte bei Missio in Aachen hat zwei neue Länderberichte der Reihe Religionsfreiheit, die Hefte zu Saudi-Arabien und zu Jemen (beide 2016).

Das Länderheft **Jemen** von Dr. Martin Gehlen bietet auch wichtige Hintergrundinformationen zum Bürgerkrieg im Lande.

Der Bericht zu **Saudi-Arabien**, dessen Autor im Lande lebt und anonym bleiben muss, berichtet, dass die Religionszugehörigkeit knapp eines Viertels der De-facto-Bevölkerung nicht erfasst ist. Größte Gruppen sind Christen (besonders aus Südostasien), Hindus und Buddhisten. Schätzungen gehen von bis zu 1,5 Millionen Christen aus, davon dürften 800.000 Katholiken sein.

Jede öffentliche Kulthandlung, die nicht mit der wahabitschen Rechtsauslegung des Islams, einer militant-puristischen Auslegung, vereinbar ist, ist verboten und strafbar. Entsprechend werden auch saudische Schiiten und Ismaeliten diskriminiert und bedroht, nicht nur Juden und Christen.

Die „Erklärung der Menschenrechte im Islam“, die von Saudi-Arabien 1990 angenommen wurde, stellt das islamische Recht über jedes andere. Die Rechtsprechung beruht auf der Rechtstradition der Shari'ah.

Nicht nur das Menschenrecht auf Religionsfreiheit wird ignoriert, auch andere Grundrechte sind betroffen, so die Gleichberechtigung von man und Frau, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Versammlungsfreiheit oder das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Hier geht es zu den Dokumenten:

<https://www.missio-hilft.de/media/thema/religionsfreiheit/laenderberichte/30-saudi-arabien.pdf>

<https://www.missio-hilft.de/media/thema/religionsfreiheit/laenderberichte/29-jemen.pdf>

Mehr Informationen zur Publikationsreihe und eine Kartenübersicht finden sich über diesen Link:

<https://www.missio-hilft.de/de/themen/religionsfreiheit/laenderberichte/>

Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/

haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

3. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Zum Abschluss noch einen Link mit einem speziellen **friedenspolitischen Erfahrungsbericht** von Wolfgang Neuss: Die innere Führungskettenreaktion.

<https://www.youtube.com/watch?v=FzjzSWfZ3xM>

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden..

